

FBP-TERMINE

FBP LIECHTENSTEIN

100 Jahre FBP Geburtstagsfest

Wann
Samstag, 21. April, ab 17 Uhr

Wo
SAL, Schaan

Was
Ab 17 Uhr: Festwirtschaft und musikalische Unterhaltung
18.30 bis 19.30 Uhr: Offizieller Teil mit Ansprachen und einem Liveinterview mit Historiker Peter Geiger
Ab 19.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit der «FBP-Hausband»
Kinderbetreuung: 17 bis 21 Uhr

FBP Frauen Vortragsabend So bleibt mein Kind gesund

Wann
Dienstag, 24. April, 18.30 Uhr

Wo
Foyer Gemeindesaal, Eschen

Was
Vortrag von Peter Hugentobler, Fachmann für Vollwerternährung und Diätetik

FBP Ruggell Jahresversammlung

Wann
Mittwoch, 25. April, 19 Uhr

Wo
Rössle, Ruggell

Was
Jahresversammlung
Informationen zum Thema SZU II durch Markus Verling (Leiter des Amtes für Bau und Infrastruktur) sowie Arnold Kind (Leiter Schulamt)

Kontakt

E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Einstimmig beschlossen Gemeinde Ruggell stellt Bevölkerung E-Auto zur Verfügung

RUGGELL Die Ruggeller erhalten ein Auto: Die Gemeinde hat beschlossen, einen Renault «Zoe», ein CO2-freies Elektrofahrzeug, zur gemeinschaftlichen Nutzung anzuschaffen. Diesen Vorschlag bejahte der Gemeinderat in der Sitzung vom 20. März einstimmig. Die Kosten betragen laut Protokoll jährlich 14 000 Franken, «wobei 80 Prozent der Benutzungsgebühren wieder an die Gemeinde zurückfließen», wie es weiter heisst. Die Gemeinde stellt demnach einen Parkplatz - inklusive Ladestation - für das Auto vor dem Rathaus, von dessen Dach der Strom zu «Zoe» geführt werden soll, zur Verfügung. Sämtliche Aufwendungen seien im 2018er-Budget vorgesehen. Das Projekt ist auf zwei Jahre befristet und wird in eineinhalb Jahren überprüft und - bei Erfolg - dem Gemeinderat zur Verlängerung vorgeschlagen werden. «Hiermit möchte die Gemeinde auch die Diskussion anregen, ob beispielsweise ein Zweitauto noch gebraucht wird», erklärt die Gemeinde im Protokoll weiter. (red)

Regierungschef Adrian Hasler: «Es besteht Handlungsbedarf»

Interview Nach der Forderung der FMA nach mehr Aufsicht über den Treuhandsektor, meldet sich nun Regierungschef Adrian Hasler zu Wort. Er verweist darauf, dass die Strafverfolgung funktioniert. Trotzdem ortet auch er Handlungsbedarf.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Die Betrugsfälle auf dem Finanzplatz scheinen sich zu häufen. Der aktuelle mutmassliche Fall im Treuhandbereich hat erneut für Aufsehen gesorgt. Am Mittwoch hat die FMA mehr Aufsicht über die Treuhänder gefordert. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?
Adrian Hasler: Die jüngsten Fälle zeigen zunächst einmal, dass unsere Strafverfolgung funktioniert. Die liechtensteinischen Behörden haben auch im aktuellen Fall rasch und konsequent reagiert. Damit leisten sie gute Arbeit zur Bekämpfung von Missbräuchen auf dem Finanzplatz. Aber es ist auch klar, dass solche Fälle Fragen aufwerfen und für die Reputation des Finanzplatzes nicht förderlich sind. Ich nehme diese Entwicklungen sehr ernst. Wir prüfen, wie und mit welchen konkreten rechtlichen und anderen Massnahmen solche Missbräuche in Zukunft besser verhindert werden können. Ein wichtiger Teil davon ist die Prävention. Ich habe deshalb die FMA bereits beauftragt, den Handlungsbedarf im Aufsichtsbereich zu konkretisieren und Vorschläge zu erarbeiten.

Sehen Sie Nachholbedarf bei der Aufsicht über die Treuhänder?
«Nachholbedarf» ist der falsche Ausdruck. Aber es besteht Handlungsbedarf. Eine wirksame Aufsicht über alle Finanzplatzteilnehmer ist im Interesse Liechtensteins und des gesamten Finanzplatzes. Es ist deshalb unsere Aufgabe, das System immer wieder kritisch zu hinterfragen, Schwachstellen aufzudecken und Massnahmen zu setzen, um die Missbrauchsbekämpfung effizienter und effektiver zu machen. Ich setze auch hier auf Dialog und Zusammenarbeit mit den Finanzplatzteilnehmern. Der Finanzplatz wandelt sich und damit müssen sich auch die nationalen Rahmenbedingungen wandeln. Dies gilt selbstverständlich auch für den Treuhandsektor, der in einem hohen Mass selbstreguliert ist. Die Treuhandkammer hat Hand-



«Eine wirksame Aufsicht über alle Finanzplatzteilnehmer ist im Interesse Liechtensteins und des gesamten Finanzplatzes», verdeutlicht Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: ZVG)

lungsbedarf erkannt und überarbeitet derzeit ihre Ständesrichtlinien. Andererseits muss sich die Regierung die Frage stellen, wie weit die behördliche, prudentielle Aufsicht ergänzend gestärkt werden soll. Wir evaluieren zudem auch eine Stärkung der Stiftungsaufsicht und zivilrechtliche Massnahmen. Ich möchte aber vor der Illusion warnen, dass eine verstärkte Aufsicht und eine strikte Regulierung jede Art von Missbrauch verhindern kann.

Was tut die Regierung konkret?
Für den zukünftigen Erfolg des Finanzplatzes Liechtenstein braucht es ein modernes, international anerkanntes Rechtssystem, Transpa-

renz, eine wirksame und glaubwürdige Missbrauchsbekämpfung und einen wirksamen angemessenen Kundenschutz. Wie bereits erwähnt, wird im Unterschied zu anderen Finanzdienstleistern im Treuhandsektor stärker auf Selbstregulierung und Selbstkontrolle gesetzt. Es liegt einerseits in der Verantwortung der Regierung, erkannte Schwachstellen zu beseitigen und notwendige Massnahmen umzusetzen. Andererseits setzt die Regierung auch weitere Schritte, die die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Treuhandsektor aktiv fördern. Das ist auch Teil der Finanzplatzstrategie der Regierung, die derzeit erarbeitet wird.

Erkennen Sie einen Schaden für den Finanzplatz und wie stark leidet die Reputation?
Es ist offensichtlich, dass solche Vorfälle - auch wenn es sich um Einzelfälle handelt - der Reputation unseres Finanzplatzes schaden. Die Reputation und das Vertrauen der Kunden in die liechtensteinischen Finanzintermediäre sind die Grundlagen für einen erfolgreichen Finanzplatz. Glaubwürdigkeit und Wertschätzung basieren auch auf dem Umgang mit Rechtsverletzungen und Missbräuchen. Deshalb ist es wichtig, das Aufsichts- und Abwehrsystem stetig zu überprüfen und wenn nötig anzupassen. Und das tun wir.

Frick besuchte Hilfsprojekte

Fazit Aussenministerin Aurelia Frick besuchte gemeinsam mit einer Delegation der Schweizer Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) von Liechtenstein unterstützte Projekte im Libanon und nutzte die Gelegenheit zudem für bilaterale Kontakte.

«Liechtenstein engagiert sich stark in den vom syrischen Konflikt am meisten betroffenen Ländern, damit die Flüchtlinge möglichst nahe an ihrer Heimat menschenwürdig untergebracht werden können und Perspektiven erhalten.» schreibt das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur in der Medienaussendung vom Freitag. Unter den besuchten Projekten befanden sich demnach zum einen drei Schulen im Norden des Landes, die von der DEZA mit liechtensteinischer Hilfe renoviert und modernisiert wurden, sodass sie mehr Möglichkeiten für syrische und libanesische Schüler bieten. Zum anderen unterstützt Liechtenstein das Gesundheits- und Bildungsprojekt der NGO Tahaddi in Beirut, das den ärmsten Menschen in einer Flüchtlingsiedlung Zugang zu Bildung und medizinischer Behandlung ermög-

licht. Der Besuch eines Flüchtlingslagers in der Bekaa-Ebene ermöglichte einen vertieften Einblick in die Notlage der syrischen Flüchtlinge vor Ort. Bei Letzterem wurde Frick von Vertretern des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge UNHCR und vom libanesischen Flüchtlingsminister Mouin El Merheby begleitet, der die Herausforderungen schilderte, mit der ein kleines Land wie Libanon konfrontiert ist. «Die Besichtigung der Projekte vor Ort ist für die Projektverantwortlichen aus Liechtenstein und der Schweiz von grosser Bedeutung, um sich ein Bild von der Wirkung der Projekte zu verschaffen und das Projekt-Monitoring zu gewährleisten», so das Ministerium. Die Projektreise wurde laut ihm massgeblich von der Schweizer Botschaft im Libanon organisiert. Aurelia Frick zeigte sich tief beeindruckt von der Aufnahmebereitschaft der Libanesen sowie der Arbeit des UNHCR: «Das Engagement des Libanon, mit Unterstützung insbesondere der UNO die aktuelle Situation vor Ort zu meistern kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Libanon leistet damit einen unschätzbaren Beitrag, um die Folgen des syrischen Konflikts zu bewältigen und sie verdienen dafür unsere Unterstützung», wird sie in der Pressemitteilung zitiert. Ihren Aufenthalt im Libanon nutzte Frick zudem für Treffen mit dem li-

banesischen Aussenminister Gebran Bassil, dem Justizminister Salim Jreissati sowie dem höchsten UNO-Vertreter in der Region, Mohamed Ali Alhakim. Die Gespräche und Besichtigungen boten demnach die Gelegenheit, sich mit der schwierigen Situation im Libanon auf politischer Ebene auseinanderzusetzen und eine bessere Einschätzung der Lage zu gewinnen. «Die Minister lobten den von Liechtenstein initiierten Syrien-Mechanismus, mit dem ein wichtiger Schritt für eine systematische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen eingeleitet wurde», heisst es weiter. Liechtenstein gehört gemessen an seiner Grösse zu den wichtigsten Geldgebern für humanitäre Projekte rund um den Syrien-Konflikt. Ein Drittel der von Liechtenstein unterstützten Hilfsprojekte befinden sich in Syriens Nachbarland Libanon. Die Projekte zielen auf die Entlastung der libanesischen Gesellschaft ab, die zu einem Viertel aus Flüchtlingen besteht, und beinhalten die Schwerpunkte Bildung, Ernährung, medizinische Versorgung und Rechtsbeistand. In den vergangenen Jahren hat die Regierung über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) Projekte im Umfang von mehr als 3,6 Millionen Franken im Syrien-Kontext unterstützt. Damit ist Liechtenstein pro Kopf einer der wichtigsten Geldgeber. (red/ikr)



Regierungsrätin Frick beim Besuch einer Schule im Libanon. (Foto: ZVG)

ANZEIGE

Roeckle
HOLZ

Parkett- und Türentag
21. April 2018, 9-16 Uhr
9490 Vaduz www.roeckle.li